

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtdirektion Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmonatlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmiffa, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Köhrlappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 85

Bad Schandau, Montag, den 11. April 1927

71. Jahrgang

Ein deutscher Abrüstungsantrag in Genf.

Direkte Beschränkung des Kriegsmaterials gefordert.

Neue Ausführungen des Grafen Bernstorff.

In der vorbereitenden Genfer Abrüstungskommission ist ein Antrag der deutschen Delegation auf direkte Beschränkung des Kriegsmaterials zur Sprache gekommen. Begründet wurde dieser Antrag von dem deutschen Delegationsführer, Grafen Bernstorff, der betonte, daß sowohl für Deutschland wie auch für jedes andere Land, das ernstlich die Abrüstung anstrebe, die Frage der Begrenzung des Kriegsmaterials und der Truppenzahl von entscheidender Bedeutung sei. Die bisher in Genf vorgeschlagene indirekte Beschränkung des Kriegsmaterials auf dem Umwege der Heeresausgaben sei unzufriedenbringend und ein wenig wirksamer Ersatz für direkte Erfassung des Kriegsmaterials zum Zwecke der Abrüstung. Die Fortschritte der Technik hätten den Krieg der Menschen zu einem Krieg der Maschinen gemacht. Um so notwendiger sei die direkte Erfassung des Kriegsmaterials. Graf Bernstorff wies am Schluß seiner Ausführungen darauf hin, daß die öffentliche Meinung der Welt wolle und darauf warte, daß die Waffen niedergelegt würden. Sie wolle nicht Umwege, sondern klare Tatsachen.

In der dann folgenden Aussprache schlossen sich die Vertreter Schwedens, Hollands, Finnlands und der Vereinigten Staaten im wesentlichen den Ausführungen des Grafen Bernstorff an, dagegen sprachen sich die Vertreter Japans, Jugoslawiens und Rumaniens gegen den deutschen Vorschlag und für die Rüstungsbeschränkung durch Ausgabenbeschränkung aus. Graf Bernstorff be-

dauerte, daß sich die Annahme seines Vorschlags, der nichts anderes verlangt, als was Artikel 8 des Völkervertrages enthalte, als unmöglich erwies. Die deutsche Regierung werde bei den weiteren Verhandlungen auf ihren Vorschlag wieder zurückkommen, da er für Deutschland von entscheidender Wichtigkeit sei.

In der vorhergehenden Sitzung war es zu einem interessanten Redebuell zwischen dem deutschen Delegationsführer, Grafen Bernstorff, und dem Führer der französischen Delegation, Paul-Boncour, gekommen. Graf Bernstorff bezog sich in geschickter Weise bei dieser Auseinandersetzung, bei der es sich um eine Auslegung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages handelte, auf ein amtliches Dokument der französischen Regierung, in dem französischerseits betont wird, daß Frankreich für die Gleichheit der Völker kämpfe. Graf Bernstorff forderte den französischen Delegierten auf, nunmehr auch diesen Worten Taten folgen zu lassen. Paul-Boncour erkannte zwar die Berechtigung nach allgemeiner Abrüstung an, lehnte es aber in seinen Ausführungen ausdrücklich ab, für alle Völker Gleichberechtigung gelten zu lassen. Als Begründung für diese Auffassung geltend er u. a. die Verschiedenheit der politischen und geographischen Lage der Länder an. Jedenfalls hat die bisherige Auseinandersetzung in Genf noch keine Annäherung der Delegationen in der Frage der Abrüstung gebracht.

Wie sie rüsten!

Krew Haven. Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Davison, teilte bei einem Besuche mit, Amerika werde 1933 2000 Kriegsschiffe haben mit 1650 Offizieren und 15 000 Mann Besatzung. Falls es aber nötig wäre, könnte dieses Fünftausendprogramm noch erweitert werden.

Die Hausdurchsuchungen in Peking.

Die ausländischen Militärattachés in Peking bestaigten, wie die „Times“ meldet, das bei der Hausdurchsuchung im Sowjetgebäude beschlagnahmte Material. Sie fanden außer Propagandamaterial gegen Japan, Frankreich und Großbritannien noch folgendes: eine Reihe von Siegeln für eine neue kommunistische Regierung, Wallen antibritischer und antiimperialistischer Propaganda, zwei Maschinengewehre, verschiedene alte Gewehre, zwanzig Revolver und ein starkes Luftabwehrgeschütz. Es wurde Munition für alle Waffen gefunden, aber keine Bomben. Die Gefangenen werden immer noch verhört, das Beweismaterial ist noch nicht veröffentlicht worden. Eine Anzahl von Dienern, die sich unter den Gefangenen befanden, ist bereits freigelassen worden. 35 bekannte Kommunisten werden gefangengehalten.

Moskaus Forderungen an die Peking Regierung.

Moskau, 11. April. In der russischen Protestnote, die am Sonnabend dem hiesigen Vertreter der Peking Regierung überreicht wurde, wird gefordert: Unverzügliche Räumung aller im russischen Gesandtschaftsviertel besetzten Räumlichkeiten; sofortige Freilassung der verhafteten Angestellten der Sowjetbotschaft und der Wirtschaftsinstitutionen der Sowjetunion, Rückgabe aller aus den Räumen des Militärattachés fortgenommenen Dokumente und des anderen geplünderten und beschlagnahmten Gutes. Die Note fügt hinzu, die Sowjetregierung werde bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihren Geschäftsträger mit der ganzen Gesandtschaft aus Peking abberufen und nur das Personal dort lassen, das zur Ausübung der konsularischen Funktionen nötig ist.

Die Nordarmee überschreitet den Yangtse.

Ein englisches Kanonenboot greift in die Kämpfe ein. Schanghai, 11. April. Nach zuverlässigen chinesischen Nachrichten haben sich die für die militärische Lage bemerkenswerten Ereignisse folgendermaßen abgespielt:

Truppenteile der Nordarmee besetzten Jangtschou am linken Yangtse-Ufer und vertrieben die dort liegenden Kantontuppen. Zu gleicher Zeit beschloß das englische Kanonenboot „Veteran“

mit 80 Granaten ein auf dem rechten Yangtse-Ufer liegendes Forts. Infolgedessen war es der Nordarmee möglich, mit einer größeren Abteilung von 5000 Mann auf das rechte Yangtse-Ufer überzusetzen. Die Beschießung des chinesischen Forts wird von englischer Seite offen zugegeben, doch wird gleichzeitig erklärt, daß das Forts das Feuer auf den Kreuzer eröffnet hat. In der Schanghaier Fremdenkolonie hält man die Wiedereroberung Schanghai durch die Armee Tschangsholins für durchaus möglich. Die Kuomintang dagegen zeigt sich nach wie vor optimistisch und nennt den Verlust der oben bezeichneten Stellung am rechten Yangtse-Ufer lediglich einen „episodischen Zwischenfall“. Der kantonesische politische Kommissar in Schanghai hat dem Konsulartorps mitgeteilt, daß sämtliche fremden Dampfer, die den Yangtse aufwärts fahren wollen, bei den Wusung-Forts einer genauen Untersuchung unterzogen werden.

Französische Flottenverstärkungen für China.

Wie aus Brest gemeldet wird, haben zwei französische Kreuzer Befehl erhalten, sich für die Ausfahrt nach China bereit zu halten.

Die amerikanischen China-Missionare gegen England.

London, 10. April. Auckland Geddes, der frühere britische Botschafter in Washington, hielt gestern in einer konservativen Versammlung in Windsor eine Rede, in der er u. a. die Haltung der in China lebenden Amerikaner stark kritisierte. Er sagte, in China gebe es zwei Strömungen antibritischer Propaganda. Die eine sei von Moskau aus inspiriert und die andere gehe von zahlreichen amerikanischen Missions- und Hospitalzentren aus. Im letzteren Falle handele es sich nicht um eine offizielle Propaganda, sondern um einen instinktiven Glauben, nämlich den, daß England China gegenüber die hartnäckigste Nation sei. Amerika beurteile die Dinge anders als Europa. Es sei falsch, anzunehmen, daß Amerika viel mit England gemein habe.

Bombenflugzeuge und Giftgase im chinesischen Bürgerkrieg.

Wie aus Schanghai berichtet wird, verfügen die nordchinesischen Truppen über Bombenflugzeuge, die von zaristischen Russen bedient werden. Auch Giftgase sollen jetzt bei den letzten Kämpfen verwendet worden sein, da die Kantontuppen in Schanghai große Mengen von Gasmasken aufzutreiben suchten.

Für eilige Leser.

* Der wegen angeblicher deutscher Propaganda in Südtirol von den italienischen Behörden mehrere Monate gefangen gehaltene Ingegnar Verhouz ist gestern in Wien eingetroffen, wo er von den Vertretern aller nationalen Vereine feierlich begrüßt wurde.

* In der Ostsee ist in der Nähe von Lyce bei Fünen am 9. April ein deutscher Segler untergegangen. Die vier Mann starke Besatzung des Seglers, dessen Name noch unbekannt ist, ist wahrscheinlich ertrunken.

* Wie aus Kansas City berichtet wird, hat die Ueberschwemmung des Washite-Flusses bereits 23 Todesopfer gefordert.

Baltische Fragen.

Von Dr. Paul Ostwald.

Wie der zwischen Estland und Lettland kürzlich abgeschlossene Vertrag es vorsieht, werden diese beiden Staaten fortan eine Wirtschaftseinheit bilden, die vor allem in ihrer Handelsvertragspolitik, in Transport- und Verkehrsstarifen, Staatsmonopole, direkten Steuern usw. zum Ausdruck kommen wird. Wenn auch die Krönung des Ganzen, die Münzunion, nicht durchgeführt werden konnte, so ist doch für beide Staaten durch ihre Zusammenschließung zu einer Wirtschaftseinheit viel erreicht, von dem man sich für die wirtschaftliche Entwicklung beider den größten Nutzen verspricht.

Wir aber werden das Zustandekommen der estnisch-lettischen Zollunion nicht nur von der wirtschaftlichen Seite zu betrachten haben, sondern uns auch darüber klar sein müssen, daß ihr Zustandekommen nur denkbar ist auf einem ganz bestimmten politischen Hintergrund. Denn nicht in der Zeit, als Frankreich in Reval und Riga einen ausschlaggebenden Einfluß ausübte und beide Regierungen zum Abschluß eines Allianzvertrages veranlassen konnte (1923), wurde der Gedanke der estnisch-lettischen Zollunion geboren, sondern vielmehr in einer Zeit der wachsenden Bestrebungen zur Schöpfung einer baltischen Föderation. Diese aber bezweckt bekanntlich nichts anderes, als durch einen engeren Zusammenschluß der baltischen Staaten diese selbständiger und unabhängiger von den Großmächten zu machen und die Ostsee auf diese Weise bis zu einem gewissen Grade zu neutralisieren. Sehen wir aber die Dinge nun in diesem Rahmen, dann darf auch die estnisch-lettische Zollunion in politischer Beziehung nicht unterschätzt werden, sondern muß als ein weiteres, siegreiches Fortschreiten des baltischen Föderationsgedankens gemertet werden, als ein deutlicher Wink nach außen hin, eben baltische und nicht französische oder englische Politik treiben zu wollen.

Eine Stärkung erfuhr dieser Föderationsgedanke in den baltischen Staaten durch eine Reihe von anderen Umständen, die sowohl die Pariser als auch die Londoner Einflüsse zurückdrängen mußten. Für Frankreich, das seinen Einfluß in der Hauptache nicht direkt, sondern durch Vermittlung Polens auszuüben suchte, wurden die sich immer ungünstiger gestaltenden innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Polens zu einer schweren Belastung. Das trat besonders deutlich anlässlich der Anfang dieses Jahres in Reval abgehaltenen Konferenz der drei Außenminister von Finnland, Lettland und Estland zutage. Polen, das bisher vorwiegend die Anregungen zu solchen Konferenzen der baltischen Staaten gegeben hatte, fehlte, es fehlte, trotzdem auf der Konferenz das auch Polen so stark interessierende russische Problem hauptsächlich zur Erörterung stand. Wie die vor kurzem vom lettischen Außenminister Zeelen über die Revaler Konferenz gemachten Äußerungen erkennen lassen, hat man es sogar als eine Befreiung bei den Verhandlungen empfunden, daß Polen nicht dabei war, und so wird man sagen dürfen, daß es mit den Aussichten Polens auf eine führende Rolle in einem baltischen Staatenbund vorbei ist, ja daß man heute in den drei baltischen Staaten von irgendwelcher Verbindung mit Polen überhaupt nichts mehr wissen will. Es ist dieser Umschwung der Stimmung zu Polens Ungunsten übrigens der Warschauer Regierung bereits an einem praktischen Beispiel klar gemacht worden, denn der schon genannte lettische Außenminister Zeelen wandte sich mit allen Entschiedenheit gegen die von Polen in Szene gesetzten politischen Intrigen, durch Beeinflussung der lettischen Sozialisten, die heute in Riga am Ruder sind, die Verhandlungen der baltischen Staaten mit Sowjetrußland zu fördern.

Aber auch für England haben sich die Aussichten verschlechtert, und das wird in London gegenwärtig besonders unangenehm empfunden angesichts der Notwendigkeit, infolge der chinesischen Schwierigkeiten die antirussische Front auch in Europa stärken zu müssen. Denn Polen allein, um das es sich augenblicklich so stark bemüht, kann dem Injektion wenig nützen. Die Zeit für einen baltischen Staatenbund unter Polens Führung ist, wie gesagt, vorüber, erst recht für einen solchen mit antirussischer Tendenz, wie ihn England heute besonders wünscht. Denn seit dem Ende des vorigen Jahres haben Finnland und Lettland sozialistische Regierungen erhalten, und gerade diese drängen noch mehr als ihre Vorgänger auf einen Ausgleich mit Rußland. Wie erst jetzt durch Äußerungen des lettischen Außenministers Zeelen bekannt geworden ist, haben die drei Minister auf der Revaler Konferenz sogar beschlossen, auf die bisher von ihren Ländern festgehaltene Forderung eines obligatorischen Schiedsgerichts zu verzichten. Damit ist aber ein bedeutendes Hindernis für die Garantiepaktverhandlungen mit Rußland aus der Welt geschafft, und die Aussichten für einen weiteren günstigen Verlauf der Verhandlungen zwischen den drei baltischen Staaten und Sowjetrußland haben sich dadurch wesentlich gebessert. Die Politik des Hinhaltens und Sinauszögerns, die auch das neue Rußland vom alten übernommen hat, ist hier nicht ohne Erfolge geblieben. Allerdings darf nicht